

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempelsteuer 2 1/2 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 1 1/2 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Erzst. Sachs.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes.
Fiktal-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Quaders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haf,
8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiktal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Zeile berechnet.

Nr. 17.

Mittwoch 11. Februar.

1874.

Parteigenossen!

Da Johann Jacoby das Mandat des 13. Wahlkreises abgelehnt hat — was wir übrigens nicht billigen —, so steht eine Neuwahl bevor. Wir müssen abermals mit aller Macht in den Wahlkampf eintreten; wir müssen alle Kräfte anspannen, damit an Stelle Jacoby's unser neuer Candidat

Kaufmann Wilhelm Bracke in Braunschweig

zum Siege und in den Reichstag gelangt.
Der Kampf wird ein sehr heifer werden und wir müssen ihn abermals mit Ehren bestehen. Wir wollen und wir müssen siegen. Das können wir aber nur, wenn Ihr uns nach besten Kräften unterstützt. Und das ist Eure Pflicht. Wir würden nicht an Euch appellieren, wenn die bisherigen Wahlkämpfe nicht unsere Mittel erschöpft, unsere Kräfte geleert hätten.
Selbst rasch, denn der Wahlkampf wird in kurzem entbrennen und sendet Eure Beiträge an die Expedition des „Volksstaat“, Zeigerstraße Nr. 14.

Das Comité für die Wahl Bracke's.

Der sechste Jahrescongrès der englischen Gewerksvereine.

I.

Wir theilen heute nachstehenden, der „Frankfurter Zeitung“ entnommenen Artikel mit. Wir werden denselben in einer der nächsten Nummern des „Volksstaat“ ergänzen und berichtigen, und uns über den Congrés aussprechen. Der Artikel der „Frankfurter Zeitung“ lautet:

„Der Congrés der Gewerksvereine, welcher in Sheffield vom 12. bis 17. Januar tagte, ist unzweifelhaft der bedeutendste, der seit dem Jahre 1865 versammelt gewesen ist, nicht bloß der Million Arbeiter wegen, die dieses Mal durch 200 Delegirte vertreten waren, sondern auch wegen der bedeutsamen Fragen, welche discutirt und zum Theil entschieden wurden.“

Den ersten Gegenstand der Verhandlung nach Verlesung des Jahresberichtes bildete die jüngst bekannt gewordene Bildung der „Nationalen Föderation der Arbeitgeber“. Wie bekannt, sind die Bestrebungen der Arbeiter seit langer Zeit hauptsächlich darauf gerichtet, drei verhasste Gesetze, deren Zweck ist, die „Trades Unions“ in ihrer Entwicklung, die freie Bewegung der Arbeiter zu hemmen, wieder aus der Welt zu schaffen, während eben deshalb die Arbeitgeber alle Hebel ansetzen, dieselben am Leben zu erhalten.

In dem Criminal Law Amendment Act ist der Versuch, einen Mitarbeiter durch Drohungen zu einem bestimmten Entschlus zu verleiten, als ein Criminalverbrechen gestempelt. Der Einwand, daß dieses Gesetz auch auf die Arbeitgeber angewandt werden kann, ist lächerlich, da der Versuch einer Beeinflussung unter diesen Umständen nachzuweisen wäre. Die Arbeiter wollen unter das allgemeine Strafrecht gestellt sein; eine Drohung, gegen einen Arbeiter ausgesprochen, soll nicht strafbarer sein, als etwa eine Drohung, gegen ein Weib gerichtet. Nach der Meinung der Arbeitgeber und im Sinne des Gesetzes ist das Stillschicken auf der Straße ein Criminalverbrechen. Eben so gut, sagen die Arbeiter, könnte man Einen bestrafen, weil er ein Messer in der Tasche hat — denn er könnte Jemand erstechen. Nachdem Mundella erklärt hatte, warum es ihm in der vorigen Session angesichts der geheimen und offenen Opposition nicht möglich gewesen ist, seinen Antrag auf Abschaffung des verhassten Gesetzes wenigstens bis zur Abstimmung zu bringen, wurde eine Resolution angenommen, welche es den Arbeitern zur Pflicht macht, falls das Gesetz in der nächsten Session nicht abgeschafft wird, bei den folgenden Wahlen nur für Gegner des Gesetzes zu stimmen. Eben so wurde, und zwar ohne Debatte, das Conspirationsgesetz, dessen unklare Bestimmungen gegen gemeinsame Verabredung, auf Andere einen Druck auszuüben, gerichtet sind, verdammt. Doch ist bei diesem Gesetze noch am ehesten Hoffnung vorhanden, daß dasselbe durch Amendirung einer schon vom Solicitor General eingebrachten Bill wird beseitigt werden können. — Die Besprechung des dritten der verhassten Gesetze, die Master and Servants Act, über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, brachte eine Menge wahrhaft haarsträubender Geschichten zum Vorschein, welche die Ungleichheit des Arbeiters und Arbeitgebers vor dem Gesetz illustrierten. Hier nur ein Beispiel: In Sheffield macht ein Mann Namens William Entler mit Herrn Hogue auf 5 Jahre einen Contract. Einige Zeit darauf erlangten die Arbeiter in derselben Branche (Scheerenfabrikation), in welcher er arbeitete, einen Lohnzuschlag von 10 bis 20 Prozent. Der Mann verlangte dasselbe und verließ seine Arbeit, als der Zuschlag eben nicht bewilligt wurde. Wegen Contractbruch bestrafte ihn natürlich das Gericht mit 12 Pf. St. und er zahlte das Geld. Allein nun wurde er desselben Vergehens wegen nochmals vorgeladen und für das schon gesühnte Verbrechen auf 3 Monate in's Gefängnis gesetzt. Kaum war er aus dem Gefängnis — so verklagte der Arbeitgeber ihn zum dritten Mal — und diese Klage schwebt noch. Der Congrés nahm folgende Resolution an: „Der Congrés verdammt und fordert die Abschaffung der criminalen Bestimmungen der Master and Servants Act aus folgenden Gründen: weil das Gesetz nicht in entsprechender Weise die Verbrechen definiert, welche es als solche aufstellt, weil es ein

außerordentliches Prozeßverfahren festsetzt und mit einer Criminalstrafe den Bruch einer rein privaten Abmachung bestraft.“

Um die genannten drei Gesetze dreht sich hauptsächlich der Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, und wie sie den Hauptgegenstand der Verhandlungen des Congresses bildeten, so werden sie auch sicher Gegenstand lebhafter Debatten im Parlament werden. Indessen fanden die Delegirten noch Zeit, eine Reihe weiterer Resolutionen zu fassen, von denen wir die interessantesten hervorheben wollen. Der Congrés sprach sich zunächst aus gegen Rechtsprechung durch unverantwortliche, geistliche und unbezahlte Richter; wenigstens soll es nach der Meinung des Congresses dem einen oder dem andern Theil frei stehen, den Prozeß auch vor den gewöhnlichen Civilgerichten zu führen, sobald es sich um einen Contractbruch unter dem Master and Servants Act handelt. Im Allgemeinen aber sollen die Arbeiter, so lange die genannten verhassten Gesetze noch existiren, es möglichst vermeiden, Contracte auf längere Zeit zu schließen. Mundella's 9 Stunden Bill zum Schutze der Frauen, junger Personen und Kinder in den Textilfabriken fand ungetheilte Unterstützung. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand waren wohl die interessantesten auf dem diesjährigen Congrés. Aus einem Memoire des Herrn Howell geht hervor, daß von einer Million in der Baumwollenmanufaktur beschäftigter Personen 74 Prozent Frauen und Kinder sind. Seit dem Gesetze von 1844, welches die Arbeitszeit für Frauen und Kinder auf 10 Stunden festsetzte, ist die Production der einzelnen Person infolge der Verbesserung der Maschinen um 44 Prozent gestiegen, während man es doch nicht für nöthig gehalten hat, die Stundenzahl zu verringern. Mundella selbst schilderte in lebhafter Weise den Widerwinn, daß die Männer 9, die Frauen und Kinder 10 Stunden arbeiten. In Nottingham hat man freiwillig das 9 Stunden System angenommen und alle Welt befindet sich dabei wohl. Während darüber im Congrés volles Einverständnis herrschte, konnte man sich über Sir Lubbock's Shop Hours Regulation Bill (zur Regelung der Arbeitsstunden in Läden und Magazinen) nicht einigen, da von verschiedenen Seiten auf die Unmöglichkeit der Durchführung derselben hingewiesen wurde. Insbesondere vermehrte sich Hr. Arch dagegen, daß Kinderarbeit auf dem Felde verboten würde. Und so einigte man sich denn nach einer langen und ziemlich konfuse Debatte über folgende allgemeine Resolution: „Während der Congrés es vollständig billigt, daß die gesetzlichen Maßregeln, wie sie in Mundella's Bill vorgesehen sind, auch auf Frauen und Kinder ausgedehnt werden, ist er ferner der Ansicht, daß schließlich diese Gesetzgebung auf alle Zweige der Industrie, soweit dies praktisch möglich ist, ausgedehnt werde.“

Den Briefträgern und Postbeamten sprach der Congrés seine volle Sympathie in deren Bestrebungen aus. Von verschiedenen Seiten wurde der Besuch gemacht, die Aufstellung und Durchbringung von Arbeitercandidaten für das Parlament als gemeinsame Angelegenheit aller Gewerksvereine hinzustellen, allein eine bedeutende Majorität erklärte für gesondertes Marschiren, wobei selbstverständlich vorausgesetzt wurde, daß die verschiedenen Theile immer Hülfe bedürfen müssen. Es soll eben jeder Candidat volle Freiheit der Handlung, wie sie die Verschiedenheit der lokalen Interessen verlangt, behalten. Wesentlich wohl durch die Föderation der Arbeitgeber provoziert, erklärte sich der Congrés im Prinzip auch für die Föderation als Grundlage für die Thätigkeit der Gewerksvereine.

Die letzte Sitzung förderte noch eine Fülle von Resolutionen zu Tage, von denen zwei besonders den Zorn der Kapitalistenpresse erregt haben. Während nämlich der Vorschlag, dem zufolge jedes Vereinsmitglied jährlich einen, oder auch nur einen halben Schilling beisteuern solle, um die Parlamentscandidaten von Arbeitern zu unterstützen, nicht angenommen wurde, erklärte sich der Congrés auf das Entschiedenste für Abschaffung aller Zölle und Accisen und für Einführung einer directen Steuer von Grund- und Hausbesitz. Verworfen wurde ferner noch die Ueberzeitarbeit als moralisch und körperlich nachtheilig für die Arbeiter und die einseitige Feststellung der Lehrlingszeit durch die Arbeitgeber, verworfen endlich auch die Strafingearbeit, weil sie mit der freien Arbeit unbillig concurrirt, und das System, Soldaten bei der Erntearbeit zu verwenden. Bestätigt wurde dagegen das Recht der Arbeiter, als Geschworene zu fungiren, empfohlen wurde die Gründung von Gewerkschaften und die Einführung von Schiedsgerichten.“

Politische Uebersicht.

— „In Koller und Kanonen“ hat der Reichskanzler den Reichstag im weißen Saale zu Berlin eröffnet. Ledern und dürr war der Inhalt der „Thronrede“, die er mit Mühe hervorstotterte; ohne weitere Umstände sagte er den Herren Reichsboten, daß sie drei Vorträge zu bewilligen hätten — das Militärgesetz, das Pressebelaggesetz und das Contractbruchgesetz. Zum Schluß versicherte er treuherzig, daß durch die „friedlichen Beziehungen friedliebender Monarchen“ der Friede gesichert sei. Ach wir guten Deutschen! — „Das Hoch“ meint Dunkel Spener, hätte etwas kräftiger sein können.“ Wir verdanken es den Reichsboten nicht, wenn sie jetzt ihre Lungen schonen; sie werden nachher Gelegenheit haben, dieselben anzuwenden. Herr von Bismarck verabslogar der Thronrede hinzuzufügen, daß der Reichstag eröffnet sei und mußte das unter „Heiterkeit“ nachholen. „In nervöser Weise“, sagt die Spener'sche, „zitterte in seiner Hand der stählerne Helm.“ Also auch bei der „Thronrede“ hat er seine „Nerven“.

Wenn man sich so recht das Bild vergegenwärtigt, wie der „Geniale“ die friedliche Thätigkeit des Reichstages in einer blechernen Sturmhaube, im Kürassierharnisch und mit dem Sarras eröffnet, so sollte man fast glauben, er trüge noch immer die süßen Erinnerungen aus jener schönen Zeit des Burschenlebens, als er stotter Bursch des Corps Hannovera zu Göttingen war, mit sich herum und marschire dem zu Liebe noch immer „in Wachs“ einher. Zum Mindesten geräth man auf eigenthümliche Gedanken, wenn man den Kanzler, der keinen Delzweig, wohl aber einen Säbel mit sich führt, von „Frieden“ stöten hört. In letzter Zeit sind dunkle Andeutungen durch die Blätter gegangen, daß wieder eine Haupt- und Staats-Aktion bevorstehe. Sollten wirklich die „Nerven“ Bismarck's von „großen Dingen“ wieder so sehr in Anspruch genommen sein, daß ihm die Vorlesung einer Thronrede so entsehlige Mühe machte, wie die Spener'sche erzählt, dann muß es allerdings nicht ganz geheuer sein. Wobei wir nicht verzeihen wollen, zu bemerken, daß es ja nicht gerade hinter den politischen Coulissen zu spulen braucht. Vielleicht machen dem Reichskanzler seine Papierfabriken und Schnapsbrennereien Sorgen. Doch halt, das Wichtigste hätten wir beinahe vergessen. Die „Spener'sche Zeitung“ — redigirt von dem Harlequin Braun — vertritt sich im Vorgefühl des Faschings auf der Himmelsleiter des Repertienfonds zu einer wunderbaren Vision. Lassen wir „unsern Braun“ selber malen:

„Am Schluß schien er die Worte, welche von dem Entschlusse sprechen, der Welt, wenn irgend möglich, die Wohlthaten des Friedens zu bewahren, mit nachdrücklicher Genugthuung zu betonen. In diesem Momente auch, genau a tempo mit dem Worte des Friedens, brach die Nachmittagssonne in hellen Fluthen durch die köstlichen Fenster des weißen Saales und übergoß den goldenen mit den deutschen Reichsinsignien geschmückten Thronhimmel an der östlichen Mündung mit strahlenden Lichtern. Nicht minder überschüttete sie die goldenen Aufschläge und den Stahlhelm des vor den Stufen des Thrones sitzenden Kanzlers mit ihrem vollen Glanze, ohne freilich seinem bleichen Antlitz ein erhöhtes Feuer leihen zu können.“

Das „Wunder“ ist nicht vollständig. Der gute Braun hat den heiligen Geist in Gestalt einer Taube vergessen. Nun aber der Kürassier Bismarck mit den „gelben Aufschlägen“ und der Blechhaube ein von Gott beleuchteter Friedensengel — wer will noch bestreiten, daß die „Spener'sche Zeitung“ ebenbürtig ist mit den weiland Orakeln zu Delphi und Dodona?

— Der verunglückte Müller Sachse, welcher durch Dunders gnädige Fügung in die Redaction der Berliner „Volkszeitung“ hinein praktizirt worden ist und in den Spalten genannten Blattes mit dem journalistischen Bandwurmfabrikanten Vernstein um die Palme des Blödsinns ringt, sucht das Unheil, welches sein College vom „Gewerksverein“, Max Hirsch, durch sein Jammergeschrei über die Wahlsiege der Sozialdemokratie angerichtet hat, dadurch wieder gut zu machen, daß er den Superklugen spielt. Deshalb heißt es in Nr. 32 der „Volkszeitung“:

„Eine Verstärkung ganz anderer Art (als die Ultramontanen nämlich) hat die sogenannte sozialdemokratische Partei im Reichstage erhalten; aber diese ist eine Verstärkung, welche die Gebrechlichkeit ihres demagogischen Treibens an den Tag legt. Eine sogenannte demokratische Partei, welche es mit allen Aufzügen der großen Majorität der Besiglosen gegen die verschwindende Minorität der Besitzenden noch nicht zu einem Duzend Volksvertreter, trotz des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gebracht hat, ist in sich selbst gerichtet. Ein Demokrat ohne Volk ist ein Generalfstab ohne Armee. Er mag Pläne entwerfen, in seiner Klausel (ach wie nett! In den „Klausen“ gib's aber doch wohl Nichts von den „Austernsuppen“, welche nach Hecker unsere Agitatoren täglich verzehren. Red. d. „Volksst.“) mit dem Degen (Steden Sie den „Degen“ ein, Herr Sachse!) herumfuchteln und sich einbilden, Heinde vor sich zu treiben; auf dem Felde eines wirklichen Kampfes ist er eine Caricatur. Wenn das deutsche Vaterland, trotz des allerdemokratischsten Wahlgesetzes die Volksfürsprecher dieser Gattung nur zehn Mann hoch in die Vertretung gebracht hat, so ist das ein gutes Zeugniß für das Volk und seinen der Demagogie abgewendeten Sinn. Jedes beschränkende Wahlgesetz würde die Blöße der Demagogie nur verdecken. Sie würde bei der Behauptung bleiben, eine Majorität des Volkes zu repräsentiren und in Massen gewählt zu werden, wenn das Wahlgesetz nur frei genug wäre, und ängstliche Gemüther würden aus Gespensternwuth wunderbare Schrecknisse vor sich sehen. Das allgemeine Wahlrecht ist der treffliche Prüfling auf dieses gefahrlose Exempel. Es bewahrheitet, was wir stets gesagt haben, daß die Demagogie nur geschlagen wird durch die Demokratie.“

Sie kommen uns gerade vor, Herr Sachse, wie ein Kind, das im Dunkeln pfeift, um glauben zu machen, daß es sich nicht fürchte. Die Scheinen wirklich Nichts davon zu wissen, daß in Deutschland 360,000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind. Als Redacteur eines großen Blattes berechnen Sie die Stärke einer Partei nach der Anzahl der gewählten Vertreter, statt nach der im Ganzen abgegebenen Stimmenzahl! Ebenso wenig wissen Sie davon, daß unsere Gegner oft durch die unverschämtesten Betrügereien, durch Stimmenkauf u. ihre Wahlsiege erfochten haben, und daß der ganze bureaukratische Apparat für sie gearbeitet hat. Ecco homo! Welch ein Redacteur! Die andern Gegner, Herr Sachse, stecken den Kopf in den Sand; Sie pfeifen dazu. Das ist der einzige Unterschied.

Max Hirsch, welcher die Federthaten des Herrn Sachse zu würdigen weiß, freut sich über seine (Sachse's) Candidatur im

6. Berliner Wahlkreis und nennt ihn einen (††) „echten Demokraten“, einen (Gottseibeiuns!) „wahren Arbeiterfreund“. Nun, wir kennen sie sehr wohl, die echten „Arbeiterfreunde“ und „Demokraten“, die immer erst noch ausbrechlich beifügen müssen, daß sie „echt“ und „wahr“ sind, weil sonst keine Gimpel auf die Leimruthe gehen. „Wahr“ ist nur eins, was Herr Sachse gesagt hat, nämlich „die Demagogie wird geschlagen durch die Demokratie“. Die bankrotten Sozialdemagogen der „Volkzeitung“ bekräftigen die Wahrheit dieses Satzes an ihrem eigenen Beispiel: die Sozialdemagogen — sonst auch „wahre Arbeiterfreunde“ und „echten Demokraten“ — werden geschlagen durch die Sozialdemokraten. Das hoffen wir in drei Jahren den Herren Sachse, Bernstein, Max Hirsch und Franz Dunder noch ganz anders ad oculos zu demonstrieren (Mar zu machen), wie dieses Mal.

— Wegen Beleidigung des frühern Polizeipräsidenten von Berlin, Herrn von Wurmb, jetzt in gleicher Eigenschaft zu Wiesbaden, ist, wie wir schon erwähnt, ein Fräulein Elise Hessel zu zwei Jahren (!) Gefängniß verurtheilt worden. Bei der Appellationsverhandlung wurde indeß beschloffen, Zeugnen zu dem Prozesse zuzuziehen, da der Verteidiger der Hessel über den Herrn von Wurmb, frühern Polizeipräsidenten von Berlin, folgende Aussagen machte:

„Notorisch und durch das Zeugniß eines Bankiers F. erwiesen sei es, daß Herr v. Wurmb Nächte lang mit anrüchigen Mädchen vom Corps de Ballet durchgebracht habe und noch jetzt in einem ehebrecherischen Verhältnisse zu einer Frau v. B. bei Wiesbaden stehe.“

„Sehr hübsch! Der Mann ist der Hüter der „öffentlichen Sicherheit“, der „öffentlichen Ordnung“ und hat darüber zu wachen, daß die „Sittlichkeit“ nicht verlegt werde. Wir können für die Behauptungen des Berliner Advokaten zwar nicht einstehen, finden es aber im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sittlichkeit sehr begreiflich, ja manchmal für den Bestand desselben notwendig, daß Böse zu Gärten gemacht werden.“

— Wir haben vor Kurzem unseren Lesern von dem „Allgemeinen Gewerkschaftsverband“ (Ligue universelle des travailleurs) berichtet, der in Genf ins Leben getreten ist. Diese Verbindung war nichts als ein Schwindel, den einige ehrgeizige Gesellen unternahm, die um jeden Preis eine Rolle spielen zu müssen glaubten. Im Winterthurer „Landboten“ läßt sich eine uns bekannte, wohlunterrichtete Feder in dieser Sache wie folgt vernehmen:

„In den letzten Wochen gab es nicht wenig Zeitungssturm über eine „Ligue universelle des travailleurs“, die sich in Genf gebildet und ohne jedwede politische Tendenz die Gewerkschaften aller Welt in sich vereinigt haben soll. Nun, wer kann dafür, wenn etwa ein halbes Duzend in der hiesigen Arbeiterbewegung verkannte Größen, welche die Vorbeeren Vatnins selig nicht ruhig schlafen ließen und die, nachdem sie die „Federation romande“ gründlich zu Tode verwaltet und geleitet und noch andere Fiaskos auf dem Kerbholz hatten, der internationalen Arbeiterassoziation den Rücken lehnten und um internationaler als die Internationale zu sein, den kühnen Plan faßten, besagte „Ligue universelle“ zu gründen, um wohl auch in Sonne, Mond und Sternen Gewerkschaften um sich zu vereinigen. Doch sind die wackeren Reden im Bräuwerk ihrer früheren Heldenthaten so bescheiden, daß sie bis heute noch der neugierigen Welt ihre berühmten Namen verschwiegen. Leider sind aber die hiesigen und auswärtigen deutschen und welschen Gewerkschaften so erkenntnislos und undankbar, nichts von der neuen Weltbewegung-Gründerschaft wissen, sondern der Fahne des internationalen Arbeiterbundes treu bleiben zu wollen. Darum haben wir hier allerdings ein Central-Comité der Liga, aber ohne Gewerkschaften, also einen Generalstab ohne Armee, oder vielmehr und sogar eine Generalität ohne Generalstab. Freilich hat das Universalbrüderchaftscomité, was ganz seiner Natur und Aufgabe konform, ein monatlich erscheinendes Organ — ohne Abonnenten und somit auch noch ein Schwert ohne Griff, dem die Klinge fehlt. Ja, wenn es sonst wo heißt: „viel Geschrei und wenig Wolle“, so muß es hier heißen: „viel Geschrei und gar keine Wolle!“ Mögen sich jedoch die schmählich verkannten Heilsbringer trösten, denn es ist ja zweifellos auch „ehrliehen“ Gründern von Kolonien, Geld- und Zettelbanken nicht nur nicht viel besser, sondern manchmal noch schlimmer gegangen.“

Wir könnten von den „berühmten Namen“ mehrere nennen, wollen aber nur bemerken, daß sich diese Namen gar keines besondern Ansehens erfreuen. Einfließen begnügen wir uns mit den beruhigenden Mittheilungen, die der Correspondent des „Landboten“ macht und behalten uns vor, demnächst nochmals auf diese Allerwelts-Gewerkschaftsgründerei und Schwinderei zurückzukommen.

— Genosse Uhle in Chemnitz hat eine vierwöchentliche Haft angetreten.

— Aus Leipzig schreibt ein Correspondent der zum Reptilienfonds in intimen Beziehungen stehenden „Dresdner Presse“: „Ueber die großen Geldmittel, welche die sozialdemokratische Partei bei den Wahlen zur Verfügung gehabt hat, sind hier merkwürdige Gerüchte verbreitet. So soll ein vor etwa acht Tagen ausgebrochener Bankrott eines hiesigen Geschäftshauses, beziehentlich die Anfertigung falscher Wechsel mit jenen Geldmitteln in Verbindung stehen. Die Angelegenheit liegt gegenwärtig dem Criminalrichter vor, und es wird abzuwarten sein, ob sich dort Spezielleres und Gewisses herausstellt.“

Das Wahlcomité für die Wahl Johann Jacoby's, welches die Wahlagitation im Leipziger Landkreis geleitet und die Geldmittel dazu beschafft hat, hat mit dem oben angeordneten Fallissement gerade so viel zu thun, wie mit dem Wiener oder Newyorker Börsenkrach. Es kann bis auf Heller und Pfennig nachgewiesen werden, daß die für die Wahlagitation verausgabten Summen durch freiwillige Beiträge von Parteigenossen aufgebracht worden sind; den Correspondenten der „Dresdner Presse“ aber, welcher die Anforderung dieser Summen mit Wechselkäufungen in Verbindung bringen und somit unsere Partei in gemeinster Weise verdächtigen will, erklären wir hiermit öffentlich für einen elenden Verleumder und insamen Lügner. Wir hoffen, daß dieses Subject den Muth hat, uns gerichtlich zu belangen.

Beiläufig bemerkt wird der Cassirer unseres Wahlcomité's das „Leipziger Tageblatt“, die „Deutsche allgemeine Zeitung“ und die „Dresdner Presse“ wegen Verleumdung gerichtlich belangen.

Wie der Sozialismus „gemacht“ wird.

Nach Sachsen ist bekanntlich Schleswig-Holstein derjenige Theil Deutschlands, in welchem der Sozialismus bis jetzt die tiefsten und ausgebreitetsten Wurzeln gefaßt hat. In ihrer letzten Nummer

(vom 10. Januar) widmet die „Concordia“ dieser Erscheinung einen besonderen Artikel, der also beginnt: „Der den Satz ohne Weiteres für stichhaltig erachtet, daß die Sozialdemokratie in einem materiell besser gestellten Lande verhältnismäßig günstigen Boden finde, der mag wohl bei einem oberflächlichen Blick auf Schleswig-Holstein für seine Annahme eine Bestätigung zu finden wähnen. Es ist anzumachen, daß diese Provinz ihre Arbeiter durchschnittlich höher lohn, — aber nicht minder, daß diese Provinz heute mehr, jedenfalls ebenso viel Sozialdemokraten besitzt, als irgend ein anderer Theil Deutschlands (Sachsen eventuell ausgenommen)“. In erstaunlicher, fast unbegreiflicher Weise hat die sozialistische Bewegung in den allerletzten Jahren hier Eingang gefunden. Vor circa 4 Jahren kannte man Laffalle kaum dem Namen nach, und gegenwärtig bestehen fast in allen Städten und größeren Flecken u. Arbeitervereine und dergleichen. Herr Hasenclever wird bei seinen Besuchen in Altona mit einem Fadelzug empfangen, und bekanntlich geht fast ein Drittel der ganzen Auflage des „Neuen Sozialdemocrat“ nach Schleswig-Holstein (incl. Hamburg). Wenn man nun berücksichtigt, daß Schleswig-Holstein weit weniger ein Land der Industrie als des Ackerbaus und des kleinen Handwerks ist, wenn man namentlich die ruhige, dem, mit dem lebhaften süddeutschen Naturell nur allzu häufig verbundenen revolutionären Gelüste durch fremde und abholde Sinnesart des Schleswig-Holsteiners in Betracht zieht, so wird man jene Erscheinung auffallend finden müssen und begierig sein, ihre Ursachen kennen zu lernen.“

Halten wir hier einen Augenblick an. Ob Schleswig-Holstein ein „materiell besser gestelltes Land“, d. h. noch nicht auf dieselbe Stufe des Elends wie andere Länder oder Landstriche gesunken ist, wollen wir hier nicht des näheren untersuchen, gestehen indeß gerne zu, daß es Landstriche in Deutschland giebt, z. B. die sächsischen und schlesischen Industriegebiete, wo die Masse des Volks schlimmer gestellt ist als in Schleswig-Holstein. Ob der „Satz“, „daß die Sozialdemokratie in einem materiell besser gestellten Lande verhältnismäßig günstigeren Boden finde“, jemals im Ernst aufgestellt worden ist, wollen wir ebenfalls nicht untersuchen. Wahr sind aber zwei andere „Sätze“, die der Artikelschreiber der „Concordia“ jedoch nicht ausspricht: die Noth an sich erzeugt keine sozialistische Bewegung, keine „revolutionären Gelüste“. In Indien und Persien sind Millionen von Menschen verhungert, ohne daß eine Hand sich gegen die jämmerlichen Regierungen erhoben hätte, welche das Elend verschuldet. Nicht minder gewiß aber ist, daß eine sozialistische Bewegung nur dem Bewußtsein einer unglücklichen, gedrückten oder wenigstens unbefriedigten Lage entspringen kann. Auf dieses Bewußtsein kommt alles an. Der Paria nimmt Hunger und Fußtritte ruhig hin, weil er glaubt, daß Hunger und Fußtritte sein Erbtheil auf Erden, sein unabänderliches Schicksal. Der relativ noch gut situirte Arbeiter, Handwerker oder Kleinbauer, der aber zu der Erkenntniß gelangt ist, daß seine Lage sich nach den ehernen Gesetzen der herrschenden Bourgeoisökonomie beständig verschlechtern muß, daß für ihn keine Hoffnung, so lange das heutige Gesellschaftssystem in Kraft, und daß dieses Gesellschaftssystem kein „ewiges“ ist, sondern nur vorübergehend — Menschenwerk, das der Mensch wieder umwerfen kann — dieser Arbeiter, Handwerker und Kleinbauer wird nothwendig nach Beseitigung dieses Systems streben: er wird Sozialist, und bekommt nicht bloß „revolutionäre Gelüste“, sondern revolutionäre Prinzipien — mit Verlaub des Herrn Staatsanwalts. Bei der letzten Wahl hat sich das recht deutlich gezeigt. In Sachsen wie in Schleswig-Holstein haben die Kleinbauern und die Handwerker (letztere freilich nicht überall — an vielen Orten hat sich das städtische Kleinbürgertum von dem so oft über die Ahsel angefahrenen und für „stabil“, „fortschrittsfeindlich“ verschrieenen Bauernthum überflügeln lassen) mit dem Industrieproletariat um die Wette für den Sieg der sozialistischen Candidaten gewirkt.

Doch nun zurück zu dem Artikelschreiber der „Concordia“. Den Grund für das Ueberhandnehmen des Sozialismus in Schleswig-Holstein findet er „vor Allem in Schleswig-Holsteins politischer Geschichte der letzten Jahre“, — in den häufigen Regierungswechseln und dem dadurch hervorgerufenen Gefühl der Unsicherheit der Zustände u. — und außerdem in der Vernachlässigung der materiellen Interessen des Volks Seitens der übrigen Parteien und deren Presse.

Nun — zur Verbreitung des Sozialismus beigetragen haben die hier angeführten Momente unteuzbar; aber die eigentliche Ursache ist dem Artikelschreiber der „Concordia“ entgangen. Ein Schleswig-Holsteinsches Blatt, die „Iphoeer Nachrichten“ legt sie zu Tage. Unter der Ueberschrift: „Wie werden durch Zerstörung der Bauernhöfe die land- und volkwirtschaftlichen Interessen beeinträchtigt?“ veröffentlichte das genannte Blatt vor Kurzem den Bericht eines landwirtschaftlichen Vortrags, dem die Redaktion eigene Bemerkungen beifügte.

Zunächst schreibt die Redaktion: „Diese Frage ist in neuester Zeit vielfach besprochen worden. Auch in der letzten Hauptversammlung unseres landwirtschaftlichen Generalvereins zu Hlensburg wurde die Frage lebhaft debattirt und es machte sich hier besonders die Besorgnis geltend, daß ein Proletariat von Landbesitzern unausbeibrich sei. Die Ansichten rücksichtlich der Zerstörung größerer Besitztümer, wie sie ja namentlich in Angeln in letzterer Zeit so vielfach vorkam, gehen ziemlich weit auseinander, und es dürfte daher nachstehender Vortrag, gehalten in der letzten Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereins für Norddithmarschen von allgemeinem Interesse sein.“

Im Vortrage selbst geht es dann weiter: „Seit Anlage der Besseltreuer Juckerfabrik sehen wir einen Anlauf nehmen zur Bildung eines Großgrundbesitzes im Herzen unseres Landes, und gewiß sind Viele unter uns, welche sich bei diesem Anblick eines Gefühls des Mißbehagens nicht erwehren können. Wenn wir immerhin auch zugeben wollen, daß die Erweiterung des Grundbesitzes der einzigen Besseltreuer Fabrik in einem solchen Maßstabe, daß man ihn füglich einen Großgrundbesitz nennen könnte, einen merkwürdigen Einfluß auf unsere allgemeinen Verhältnisse nicht ausüben würde, so sagt uns im Allgemeinen jenes Gefühl doch sicher das Richtige. Wenn wir uns nämlich die ganze Norddithmarscher Marsch zu solchen größeren Landkomplexen vereinigt denken, so haben wir hier einen rechten Heerd für den Kampf zwischen Kapital und Arbeit, und die Hälfte, wo jetzt ganze Familien eine glückliche, sorgenfreie Existenz haben, würden dann weiter nicht sein, als Bornwerke, Zahlkolonnen im Buche des Oekonomieinspektors, und ein solcher Zustand würde gewiß ein Rückschritt im Vergleich zu dem jetzigen zu nennen sein.“

Dazu bemerkt wieder die Redaktion: „Die hier besonders ins Auge gefaßte Theilung ist als bevorstehend durch nichts bewiesen und dürfte sich auch schwerlich einstellen, natürlich einzelne Fälle abgerechnet. Vielmehr lehrt die

*) Allerdings! N. d. B.

Erfahrung, daß seit jener Zeit, wo die Höfe in Norddithmarschen fast keinen Werth hatten, die einzelnen Besitzungen mit dem allmählichen Steigen der Landpreise sich vergrößerten, und noch heute verschwinden hier die kleinen Stellen von 10 Morgen und darunter mehr und mehr. Die Erbbücher, die vielen Wurtzen (Bersten) die sich in den einzelnen Dorfschaften finden, liefern dafür den strengsten Beweis. Je höher die Preise werden, um so größer wird die Macht des Kapitals, und mit dieser wird auch die Bildung des Großgrundbesitzes zunehmen.“

Der Vortrag fährt dann fort: „Was zuerst den Betrieb anbelangt, so dürfen wir im Allgemeinen wohl dreist behaupten, daß derselbe um so sorgfältiger ist, je kleiner die Wirtschaftseinheit, sieht man doch unter den kleinen Wirtschaften einige, welche man in ihrer Art wahre Musterwirtschaften nennen kann. Wie häufig ist nicht in landwirtschaftlichen Kreisen die Frage erörtert worden, ob für unsere Verhältnisse die Brache überflüssig sei, eventuell durch welche Mittel wir dieselbe überflüssig machen könnten. Auf manchen kleinen Wirtschaften sehen wir diese Frage zur Genüge gelöst. Ebenso mit der Weidewirtschaft: daß dieselbe zur Erhaltung der Produktionsfähigkeit des Bodens nicht nothwendig ist, davon können wir uns auf manchen kleineren Besitzungen täglich überzeugen. Es unterliegt also wohl keinem Zweifel, daß die kleineren Wirtschaften durchweg sorgfältiger und besonders auch intensiver betrieben werden, als die größeren, in Folge dessen auch mehr Arbeitskräfte absorbieren, wovon aber der Grundbesitzer, gezwungen durch die Kleinheit seines Besitzthums und befähigt durch die leichtere Uebersichtlichkeit desselben, einen Theil selbst leisten würde.“

Dazu sagt wieder die Redaktion: „Dies soll keineswegs bestritten werden, es kommt dabei aber eine zweite Frage, nämlich die der Rentabilität, in Betracht. In der letzten Nummer des „Landw. Wochenbl.“ wird in dieser Beziehung gesagt: „Wie ein rother Faden zieht sich schon seit lange durch die Verhandlungen sämtlicher landwirtschaftlichen Vereine Deutschlands die Frage über den Arbeitermangel, wird in unzähligen Schriften behandelt, um ihre Lösung dennoch nicht zu finden. Mehr und mehr tritt die Maschine an die Stelle aller Handarbeit und verdrängt jetzt selbst in Deutschland schon die Pferdekraft bei der Bearbeitung des Bodens, denn man berichtet z. B. von dem Erfolge, mit welchen der Dampfplug hier und dort seine Furchen gezogen. Kommt aber erst einmal die Zeit heran, wo ein namhafter Theil des bestellten Grund und Bodens mittelst der Maschinen bearbeitet wird, die Zeit, in der immer allgemeiner durch Maschinen gesäet, gemäht und gedroschen wird, dann können diejenigen Besitzer von Grund und Boden, welche die Maschinen ihrer Kostspieligkeit wegen und weil deswegen ihre Anschaffung für den häuerlichen Landwirth nicht rentabel ist, nicht halten können, nicht mehr mit dem Großgrundbesitzer konkurriren und müssen zu Grunde gehen. Hören wir nicht schon heute aus Mecklenburg, Pommern u. Klagen zu uns bringen, daß die kleineren Besitzer und Pächter, die unter 150 bis 200 Hektare bewirtschaften, nicht „rund kommen“ können, weil die Flächen für die Maschinenarbeit zu geringe sind?“

Soweit die „Iphoeer Nachrichten“. Also bei der heutigen Produktionsweise kann der kleine Bauernstand „mit dem Großgrundbesitzer nicht konkurriren“ und muß „zu Grunde gehen“! Die Schleswig-Holsteinschen Kleinbauern haben jedoch keine Lust, „zu Grunde zu gehen“, und darum sind sie Sozialisten. Und wer hat die sozialistische Bewegung in Schleswig-Holstein „gemacht“? Die große Generalagitation, der wir die sozialistische Bewegung überall verdanken — die herrschende Gesellschaftsordnung. Sie werft ins Gefängniß, ihr Herren Staatsretter; mit ihr auf die Bank der Angeklagten, ihr Herren Staatsanwälte!

Generalrath der internationalen Arbeiterassoziation.

An die deutschen Parteigenossen.
Mitarbeiter!
Am 20. Oktober gab der Generalrath dem nordamerikanischen Föderalrath Nachricht, daß der neue Generalrath seinen Sitz in New-York haben solle und durch die nordamerikanische Föderation zu erwählen sei. Zu gleicher Zeit ersuchten wir den obigen Föderalrath, die Wahl möglichst zu beschleunigen. Am 7. Noobr. antwortete derselbe, daß er alle Sectionen davon benachrichtigt habe und deren Rückäußerung erwarte.

Schon in gewöhnlichen Zeiten erfordert es bei der ungeheuren Ausdehnung dieses Landes geraume Zeit, eine gemeinschaftliche Handlung aller Sectionen zu erzielen. Dazu kommt jetzt ein äußerst lebhafter, dem großen Nothstand unter der hiesigen Arbeiterbevölkerung entsprechende Arbeiterbewegung, welche alle Kräfte der Sectionen sowohl, als besonders der Mitglieder des Föderalraths und Generalraths in Anspruch nimmt. Unter diesen Umständen ist die Wahl des neuen Generalraths ohne unser Zutun und gegen unsre Neigung verzögert worden und wird schwerlich vor Ende Januar oder Anfang Februar u. J. vorgenommen werden können. Das Resultat werden wir Euch sofort mittheilen.

Wir ersuchen Euch um Einsendung von Berichten.
New-York, 25. Decbr. 1873. Brüderlichen Gruß
Im Auftr. u. Namen des Generalraths
F. A. Sorge, Gen.-Secretär.

Gewerkschaften.

Metallarbeitergewerkschaft von Leipzig und Umgegend
Allen Mitgliedschaften zur Nachricht, daß das Mitgliedestück auf Johannes Bohn lautend, Nr. 121, bis auf Weiteres für ungültig erklärt wird.
Gleichzeitig fordere ich alle Mitglieder von Leipzig und Umgegend auf, recht zahlreich in den Sitzungen, die jeden Monats abgehalten werden, zu erscheinen, und neue Mitglieder anzuwerben.
Für die Mitgliedschaft:
Richard Ludwig, Bayer'sche Str. Nr. 9 C 4 Tr., nicht Nr. 9
Sprechstunde von 12 — 1 Uhr und 6 — 8 Uhr.

Correspondenzen.

Leipzig, 1. Februar. Vor einigen Tagen hielten die Leipziger „Gemeinnützige Gesellschaft“ und der städtische Verein, zwei Vereine, in denen die Führerschaft des „reinen“ Nationalliberalismus und des „liberalen“ Fortschrittlerthums concentrirt ist, eine gemeinsame Versammlung ab, um zu beraten, was gegen die „schredenden“ Fortschritte des Sozialismus zu machen sei. Dieder gewählte Reichstagsabgeordnete für Leipzig, Herr Dr. Stephani, hielt den einleitenden Vortrag, der neben den bei

länglich bekannten Gemeinplätzen von der „Freiheit“, die angeblich in Deutschland herrsche, der Nothwendigkeit, den Kampf gegen die „Reichsfeinde“ kräftig zu führen, auch einige interessante Einzelheiten enthält, die wir uns für gelegene Zeit merken wollen.

Herr Stephani meinte die Aufrechterhaltung der Wehrfähigkeit, die Sicherung der Pressefreiheit, die Förderung der wirtschaftlichen Gesetzgebung, alles dies würde, wenn nicht wesentlich beeinträchtigt, so doch gewaltig erschwert werden durch das Widerstreben der Minorität. (Sozialisten, Ultramontane &c.) In allen drei Punkten stellt Herr Stephani den wirklichen Sachverhalt auf den Kopf, denn indem die Sozialdemokratie die möglichst kürzeste Dienstzeit verlangt, ist sie bestrebt, die Lasten der Bevölkerung in Friedenszeit auf ein Minimum zu reduzieren, und in Zeiten des Krieges, der freilich kein Angriffs- und Eroberungskrieg sein darf wie der von 1866 oder 1870, um so ausgiebiger die Mittel zu besitzen, ihn mit Nachdruck führen zu können. Die kurze Präsenzzeit unter den Fahnen ermöglicht die Ausbildung einer weit größeren Zahl, zu aller waffenfähigen Mannschaft und macht die allgemeine Wehrpflicht die heute nur Heuschrecke ist, erst zur Wahrheit. Wüssten, wie sie bei einem solchen System im Felde eines Angriffskrieges aufgebunden werden können, machen ein Volk unüberwindlich und kürzen die Kriegskosten ab. Daß Herr Stephani behauptet, die Sicherung der Pressefreiheit und die Förderung der wirtschaftlichen Freiheit werde durch die Sozialdemokratie gehindert, ist eine absichtliche Verdrehung des wahren Thatbestandes. Bis jetzt ist es die Partei des Herrn Stephani gewesen, welche an die bestehende Pressefreiheit die Art gelegt hat und auf deren Zustimmung Fürst Bismarck rechnet, wenn er Preßverordnungen entwirft, wie die bekannten, im Reichstag einbringt; dieselbe Partei ist es auch, welche Gesetze, wie die gegen den Contractbruch der Arbeiter, verlangt, Gesetzentwürfe oder Anträge zur Sicherung der Klassenfreiheit und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter aber bisher hintangehalten oder zurückgewiesen hat.

Nach Herrn Stephani soll der Ausfall der Wahlen auch das Kriegsgelüste des Auslandes vermehrt haben, was natürlich nur behauptet wird, um für ihn und seines Gleichen die Zustimmung zu dem neuen Militärgesetz im Voraus zu motivieren und zu entschuldigen.

Herr Stephani fährt dann in seinen Auseinandersetzungen also fort — wir berichten nach der „Deutschen Allgem. Zeitung“: „Erwägen wir uns nun, was wir unter solchen Umständen zu thun haben, so liegt eigentlich die ganze Antwort in dem einen Satz: „nur unsere Pflicht“, aber voll und ganz. Fern sei von jedem Liberalen der Gedanke einer Beschränkung des allgemeinen Stimmrechts, welche die Reformen nur zu Verschwörern machen würde, fern die Beschränkung der Pressefreiheit oder der wirtschaftlichen Freiheit (Bravo!). Um aber unsere Pflicht, zu thun, müssen wir eben das Wahlrecht nicht nur als ein Recht sondern als eine ernste Pflicht betrachten, sonst kann es freilich eine gefährliche Waffe gegen die Freiheit werden. In dieser Hinsicht können wir uns aber den Vorwurf der Laubheit und Trägheit bei den Wahlen durchaus nicht erparen. Deshalb können und sollen die liberalen Parteien mehr thun für Hebung des politischen Lebens überhaupt, für Belehrung und Aufklärung des Volkes, und in der einen wie in der andern Beziehung können wir von unsern Gegnern, namentlich von den Sozialdemokraten, recht viel lernen.“

„Niemand wird dem Sozialismus alle und jede Berechtigung abprechen; fragen wir uns nun, ob wir seinen berechtigten Forderungen gegenüber immer Alles gethan haben, was da hätte geschehen sollen, so werden wir uns wohl sagen müssen, daß wir auch in dieser Hinsicht oft anders hätten handeln können.“

Es sind hübsche Bekenntnisse, welche Herr Stephani hier gemacht hat, Bekenntnisse, die um so werthvoller sind, als sie von einem Manne ausgehen, der durch seine eigne bisherige Thätigkeit im Reichstag im höchsten Grade die Anklage verdient, welche er gegen die ganze liberale Partei richtet; denn wir wissen auch nicht eine Abstimmung, durch welche Herr Stephani sich entschieden auf Seiten der Freiheit gestellt hätte, die er in seiner Rede so häufig betonte und als von uns gefährdet darstellte. Herr Stephani wird aber auch zugeben, daß, wenn nach seinem eignen Geständniß die Sozialdemokratie „für Hebung des politischen Lebens überhaupt, für Belehrung und Aufklärung des Volkes gewirkt hat“, daß „in der einen wie in der andern Beziehung“ die liberale Partei sich ein Muster daran nehmen kann, damit nicht nur jeder Grund wegfällt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, sondern auch damit eingestanden wird, daß die liberale Partei eine reaktionäre Partei ist. Es macht sich zum mindesten kurios, wenn nach solchen Eingeständnissen Herr Dr. Stephani eine Resolution vorschlägt, in der unter andern die Stelle vorkommt: Die Versammlung erklärt eine engere Verbindung der reichstreuen liberalen Partei... zur gemeinsamen Bekämpfung aller reichs- und kulturfeindlichen Tendenzen, insbesondere der ultramontanen und sozialistischen Partei als eine dringende Nothwendigkeit.“ Herr Stephani weiß so gut wie wir selbst, daß Ultramontanismus und Sozialismus nichts weiter mit einander gemein haben, als daß beide Parteien von der herrschenden Gewalt verfolgt und unterdrückt werden und daß sie beide nach Kräften gegen diese Verfolgung und Unterdrückung kämpfen. Es ist also einfach eine politische Unehrlichkeit, wenn beide Parteien zusammen in einen Topf geworfen werden. Diese Resolution steht aber auch im grellen Contrast mit dem, was Herr Dr. Stephani dem Sozialismus gegenüber einzuräumen sich gezwungen sah. Diese ganze Versammlung zeigt also aufs Neue die Unehrlichkeit unserer Feinde.

Wir freuen uns, daß sie ernstlich versuchen wollen — an der That zweifeln wir noch immer — in die Arena herabzusteigen und vor den Augen des Volkes sich mit dem Sozialismus zu messen. Wir werden die Gelegenheit zum geistigen Kampf, wo sie sich auch bietet, mit Freuden ergreifen, und sind überzeugt, daß der Sieg auf unserer Seite bleiben wird.

Also nur immer heraus auf die Mensch, ihr Herrn Liberalen; unser Bauhegen ist in Ordnung, wir sind fertig!“

Leipzig, 6. Februar. Die Wuth der liberalen und conservativen Bourgeois über den Sieg im 13. Wahlbezirk kennt keine Grenzen. Mit den lächerlichsten Behauptungen sucht man zu beweisen, wie angeblich die bösen Sozialdemokraten die frommen braven gutmüthigen Bourgeois eingeschüchert und terrorisirt haben. Freilich ist die gegnerische Lügenpresse gezwungen, alle die gebrachten Behauptungen den nächsten Tag wieder als Lügen und Unwahrheiten zu widerrufen, aber das hält sie nicht ab, mit immer neuen Anklagen hervorzutreten.

Neuerdings tritt das „Leipziger Tageblatt“, das sich durch die ordinairste und unwürdigste Kampfwweise gegen die Sozialdemokratie auszeichnet, mit der Behauptung hervor, man werde nicht nur die Wahl im 13. Bezirk, sondern auch in den andern Bezirken, wo die Sozialdemokratie mit geringer Majorität gestieg, umzustossen versuchen, indem man darauf sich stütze, daß auch das als Armenunterstützung angesehen werde, wenn Staats- oder Gemeindefteuern theilweise oder ganz erlassen seien, wenn Väter für ihre Kinder

um unentgeltlichen Schulunterricht nachgesucht oder diesem Besuch entsprochen worden oder wenn endlich die Schulbeiträge nicht zu erlangen waren. Daraus hin hin müsse das Wahlrecht entzogen werden.

Das sind also die erbärmlichen Mittel, mit denen die Bourgeoisie dem Volke die Ausübung seiner politischen Rechte verkümmern will. Warum verlangen sie nicht gleich offen, was doch ihr geheimester Herzenswunsch ist, nämlich die Abschaffung des allgemeinen Stimmrechts. Das „Leipziger Tageblatt“ und die übrige reaktionäre Sippe dürfen aber versichert sein, daß die von ihnen vorgeschlagenen Mittel die Sozialdemokratie nicht todt machen, ihr im Gegentheil neuen Zündstoff geben, denn solche Maßregeln bezwecken nur, jeden ehrenhaft denkenden Mann gewaltsam in die Reihen der Sozialdemokratie zu treiben. Das „Leipziger Tageblatt“ hätte die Aufrichtigkeit haben sollen, als es kürzlich über den Vortrag des Dr. Stephani bezüglich der Maßregeln gegen die Sozialdemokratie berichtet zu erklären, daß es damit nicht einverstanden, sondern der Meinung sei, hier könne nur gewaltsame Bestürzung der Volksrechte und gewaltsame Unterdrückung der sozialdemokratischen Bestrebungen helfen, denn darauf laufen seine Vorschläge hinaus. Schade nur, daß wir keine Lust verspüren, uns ruhig unterdrücken zu lassen.

Leipzig, 7. Februar. In der gestrigen Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins kam zur Sprache, daß Johann Jacoby das Reichstagsmandat abgelehnt habe. Nachdem sich in eingehender Debatte die Meinungen geklärt, wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung erklärt, indem sie die Motive der Ablehnung Jacobys würdigt, daß es Pflicht eines jeden Vereinsmitgliedes und eines jeden Gesinnungsgenossen ist, mit aller Macht und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wiederum für die Wahl eines Sozialdemokraten einzutreten.“

Leipzig. Vergangenen Monat fand vor dem hiesigen Schwurgericht der Pleißengassen-Krawall (Bordellkrawall) seinen öffentlichen Abschluß in einem Prozeß, der für uns kein Interesse haben würde, wenn sich nicht der fungierende Staatsanwalt (Fischer ist sein Name) bemüht hätte, folgende Tendentien vom Stapel zu lassen: „Die Auffassung, als ob, wie Manche nach den Rufen Hoch Bebel! Hoch Lassalle! schließe, die sozialistische Partei direkt an dem Vorfalle theilhaftig gewesen, sei zurückzuweisen, da die Untersuchung dafür nicht den geringsten Anhalt gewährt habe; wohl aber trage diese Partei eine indirekte Mitschuld an solchen Vorkommnissen, da ihre Lehren systematisch darauf abzielen, die Achtung vor Gesetz und Recht im Publikum zu ertöden.“ Betrachtet wir uns diese „indirekte“ Denunziation etwas näher. Zunächst behaupten wir „gottesfürchtig und dreiste“, daß die „Auffassung“, als hätte unsere Partei „direkt“ die Bordell-Krawalle gemacht, nur in der Phantasie des Herrn Fischer existirt: ein beliebiger Schnaps- und Postwerth-lüsterner Lump mag solchen Blödsinn im delirium tremens hervorgehollt haben, allein daß irgend Jemand im Ernst einer so blödsinnigen „Auffassung“ Ausdruck verliehen, davon ist uns nichts zu Ohren gekommen, und wir halten es auch angesichts des so klar und sonnenhell zu Tag liegenden Sachbestandes für einfach unmöglich. Hat doch sogar das „Leipziger Tageblatt“, welches uns sicherlich nicht hold, und auch sicherlich nicht wählerisch im Gebrauch der Waffen gegen uns ist, gleich von vornherein jeder derartigen „Auffassung“ den Boden unter den Füßen weggezogen, indem es auf die ganz ähnlichen Bordellkrawalle der dreißiger Jahre hinwies. Daß schon in den dreißiger Jahren Sozialdemokraten in Pleiße-Alten existirt haben, wird aber wohl kaum behauptet werden können. Doch, halt, der Herr Staatsanwalt Fischer ist vielleicht anderer Meinung, und weist uns in einem geschichtlichen Exkurs nach, daß auch der damalige Krawall schon von den bösen Sozialdemokraten „indirekt“ veranlaßt worden ist. Es gibt Gesetze, die rückwirkende Kraft haben, warum nicht auch Lehren mit rückwirkender Kraft, und warum sollte die Sozialdemokratie des Jahres 1873 nicht den Bordellkrawall der dreißiger Jahre gemacht haben, Herr Staatsanwalt Fischer? Von den heutigen Sozialdemokraten waren damals zwar nur wenige geboren, thut aber nichts — mit der Logik des Herrn Staatsanwalt Fischer ist über diese Schwierigkeit kinderleicht hinwegzukommen. „Die Lehren der Sozialdemokratie zielen systematisch darauf ab, die Achtung vor Gesetz und Recht zu untergraben“, sagt Herr Staatsanwalt Fischer. Ei Herr Jesu! Wer hat Ihnen denn das gesagt, Hr. Staatsanwalt. Lesen Sie doch die sozialdemokratischen Schriften und Sie werden lernen, daß Sie die Unwahrheit gesagt und bloß ihre Unwissenheit bekundet haben. Nicht wir sind es, welche die Achtung vor Gesetz und Recht untergraben — suchen Sie für Ihre Anklagen eine andere Adresse, Herr Staatsanwalt; wenden Sie sich an Diejenigen, welche in Deutschland vor 9 Jahren „Gesetz und Recht“ in revolutionärer Weise über den Haufen geworfen haben, und seitdem Fangball damit spielen.

Was aber die „indirekte“ Schuld am Aufruhr &c. betrifft, so ist dieselbe vom Strafgesetzbuch definiert und mit bestimmten Strafen belegt. Wenn wir Sozialdemokraten wirklich „indirekt“ an dem Bordellkrawall schuld sind, wie Sie sagen, Herr Staatsanwalt, so ist es Ihre Pflicht, uns den Prozeß zu machen. Wenn wir aber nicht „indirekt“ schuld sind, dann Herr Staatsanwalt Fischer, haben Sie eine Verleumdung ausgesprochen.

Eine „indirekte“ Mitschuld, die nicht gesetzlich strafbar ist, mag möglicherweise in Ihrem Hirn spunden, Herr Fischer, aber das ist Sache des Privatmanns Fischer; den Staatsanwalt Fischer geht das nichts an.

Grimmischau, 27. Januar. Der „Grimmisch. Bürger- und Bauernfreund“ schreibt zur Charakteristik der Knappschaftsklassen über die Maßregelung des Bergarbeiters Poser zu Lichtentanne:

Vom 5. September 1866 bis 18. Dezember 1873 arbeitete ich bei der Zwickauer Bürgergewerkschaft als Fördermann, dann als Häuer, und später als Zimmerling. Ich habe mich während dieser Zeit in meinen Arbeitsverhältnissen sowohl, wie auch gegen meine Vorgesetzten in einer Weise betragen, daß eine Beschwerde gegen mich nicht zu führen war. In den letzten Jahren erhielt ich auch das Vertrauen meiner Kameraden; sie wählten mich zu ihrem Vertreter in den Knappschaftsausschuß. Hier war es mir aber nicht lange vergönnt, die Interessen meiner Kameraden wahrzunehmen, denn der Herr Direktor Hertwig weiß sich solche Leute, die irgend eine Opposition zu machen versuchen, gar leicht vom Halbe zu schaffen. Er hatte gesehen, daß ich ein Vertreter meiner Kameraden war und nicht ein gewünschter Kopfnieder. In letzterer Zeit gründete ich noch obendrein mit einigen meiner Kameraden die Genossenschaft der Zwickauer Gruben- und Tagearbeiter, in welcher ich den 7. Dezember 1873 als Vorsitzender gewählt wurde. Hier aber hatte die Gehuld des Herrn Direktor ein Ende, denn einige Tage später wurde mir schon durch den Herrn Obersteiger Hünig die Arbeit gekündigt.

Als ich nach der Ursache fragte, sagte er: „Sehn Sie zum Direktor! Der wird es wohl wissen!“ Ich wendete mich in bitten-

der Weise an denselben; er wies mich jedoch ab und sagte: „Ich habe nicht Ursache, mich mit Ihnen in eine Diskussion einzulassen; was ich gesagt, dabei bleibt’s!“

Am 18. Dezember ersparte er mir den Weg nach seiner Expedition, schickte mir mein Arbeitsbuch nach dem Bahnhofsamt und ich mußte mit gutem Winde abgehen. Als ich in mein Arbeitsbuch sah, stand darin geschrieben: „Inhaber hat sich während dieser Zeit im Allgemeinen gut betragen und wird, weil entbehrlich, entlassen.“

Also entbehrlich! Doch nicht aus Arbeitsmangel, nein! Denn es sind schon mehrere Arbeiter wieder angelegt worden. Wahrscheinlich deshalb, weil ich als Kollonistischer Versammlungen einberufen habe, um die Interessen der Arbeiter zu fördern? Oder weil ich bei einer Ausschusssitzung beantragte, die Tagearbeiter mit in die Knappschaftskasse aufzunehmen, was mir gütigst abgelehnt wurde? Oder vielleicht deshalb, weil ich die Petition überreicht habe, in welcher man um Erhöhung des Invaliden-, Witwen- und Waisengeldes gebeten hat? Oder weil ich den Entwurf der neuen Knappschaftsstatuten nicht anerkannt habe? Oder weil man mich zum Vorsitzenden der Zwickauer Bergarbeitergenossenschaft gewählt hat? Nicht wahr, Herr Direktor, das sind die Ursachen, die Sie bewegen konnten, mich außer Arbeit zu setzen?

Auf diese Weise bin ich nun aus meinen Rechten, die ich mir bei dem betreffenden Werke erworben habe, hinausgeworfen worden; ein Kapital von ungefähr 80 Thlr., was ich während dieser Zeit in monatlichen Beiträgen eingezahlt habe, ist in den Wind, denn die Knappschafts-Statuten sagen ausdrücklich: „Ein einzelnes Mitglied hat kein Recht an die Knappschaftskasse.“

Die Herren haben zwar einen Verband (Convention) geschlossen, worin man dem Arbeiter vorpiegeln will, daß seine Rechte dadurch gesichert seien, das ist aber nicht der Fall; denn es heißt ausdrücklich, daß jeder Werkbesitzer nach vierteljähriger Kündigung zurücktreten kann, und somit kann sich in kurzer Zeit der Verband auflösen.

Auf ähnliche Weise wurde auch der Bergschmied Schmidt und Moritz Dohme von demselben Herrn Direktor außer Arbeit gesetzt. Also hat der Herr Direktor das Recht, einen Arbeiter, der ihm irgendwie unlieb geworden ist, hinaus zu maßregeln und ihn obendrein um sein eingezahltes Knappschaftsvermögen zu bringen, was die Herren wahrscheinlich dann später verschlingen wollen, denn es heißt in § 25 des neuen Entwurfs: „Sollte der Fall eintreten, daß der Aktienverein der Zwickauer Bürgergewerkschaft sich auflöse, so steht über die Verwendung des noch verbleibenden Bestandes dem Direktorium des Vereins die Befehlsgewalt zu.“

Meine Kameraden, Ihr werdet hieraus ersehen, daß die Knappschaftskasse für den einzelnen, und die Convention für die gesammten Arbeiter keine Sicherstellung ist. Die Herren haben das Thun und Lassen und die Arbeiter das Zusehen.

Nun, Kameraden, sollte Euch dieses Verfahren nicht die Augen öffnen, daß Ihr treu und fest zusammenstehen müßt, um diesen Herren auf gesetzlichem Wege ein „Halt!“ zuzurufen? Denn man kann nur Einzelne maßregeln, aber nicht eine ganze Gewerkschaft.

Kameraden, seid auf der Wacht! Denn ohne die Vereinigung wird es Euch nimmer gelingen, die Grenzen Eurer jetzigen Abhängigkeit zu überschreiten. Das beste Mittel, was Euch zur Seite steht, ist die „Genossenschaft der Zwickauer Gruben- und Tagearbeiter“. Hier müßt Ihr beitreten, denn nur auf diesem Wege kann der Bergarbeiter seine Interessen wahren und fördern.

F. E. P.
Stollberg, 29. Januar. (Maßregelungen.) Am 7. Januar fand eine Versammlung der Wollerschen Arbeiter hier statt, welche Fider einberufen hatte; dieselbe betraf die Krankenkasse. Der Director hat ein neues Statut für die Krankenkasse ausgearbeitet, nach welchem die Arbeiter pro Woche 1 1/2 Ngr., vorher 1 Ngr. Steuern müssen, und Woller auch Vorsteher und Kassirer zugleich ist. Außerdem ernannt Woller die übrigen Vorsteher, und werden zu diesen Aemtern allemal die Aufseher berufen. Es wird sozusagen eine Zwangskasse, welche man den Arbeitern aufbürdet. Auch ist dem Arbeiterpersonal, so lange wie diese Wollersche Krankenkasse besteht, vielleicht 15 Jahre, noch keine Rechnung abgelegt worden.

Da man nun dieses neue Statut uns aufoctroyirte, so berief eben Fider diese Versammlung ein und forderte gleich in der Rede die Ausschusmitglieder auf, denen doch das Statut schon einmal unterbreitet worden war, in dieser Versammlung Rechenschaft darüber zu geben. Junghans gehörte mit zu den Ausschusmitgliedern und unterstützte in erwähnter Versammlung den Fider. Tags nach der Versammlung ist schon ein Zettel unter den Aufsehern gewesen, daß Beide, Fider und Junghans, Feierabend bekommen. Nun hat aber Junghans in Mitteldorf Stimmzettel ausgetragen, hat sich aber zuvor einen halben Tag Urlaub ausgebeten, welchen er auch erhalten, hat folglich nicht gegen die Fabrikordnung, wenn man sie so nennen kann, gehandelt. Fider hingegen hat gar keine ausgebeten, hat aber in derselben Zeit auch einmal einen halben Tag Urlaub genommen, Hr. Woller hat jedoch Weiden am 17. Januar wegen mehrmaligen Fehlens und Stimmzettelaustragens gekündigt. Der große Herr Woller konnte nun zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen; einmal da man es sich nicht gefallen lassen wollte, daß der Herr Woller, wie der Director sagt, seine Hand nicht aus der Krankenkasse lasse, und andernteils, daß diese Arbeiter sich erlaube, was war nur bei einem der Fall, Stimmzettel für Lieblacht anzutragen.

Die andere Maßregelung betrifft den Parteigenossen Gottlieb Krause aus Neudölnitz, welcher als Bergmann auf dem Karlsruh „Lugau-Niederwiltznitzer Steinkohlenbauverein“ in Arbeit war. Genannter Krause begab sich am Wahltag in das Wahllokal, und als die Wahlhandlung beginnen sollte, spricht der Wahlvorsteher Krusch zu Krause, er möge sich von der Tafel ab an einen anderen Tisch setzen, was auch Krause bereitwillig that. Dieser Wahlvorsteher Krusch war aber ein Betriebsdirector, und zwar auf dem herrschaftlichen Kohlenwerk, welcher im Verband mit dem Herrn Director Hause auf dem Karlsruh steht. So hat dieser Krusch zu dem Director Hause gesagt, daß er habe zu Krause sagen müssen: „Steden Sie nur Ihre Nase nicht so weit herein, Sie werden’s wohl noch erkennen können.“ Natürlich hatte nun Hause weiter nichts zu thun, als dem Arbeiter daraufhin zu kündigen. Aber das ist noch nicht genug. Der Director Hause hat sich zu sagen erlaubt, dafür ist gesorgt, daß Krause auf keinem Werk Arbeit bekommt. Unsere Genossenschaft wächst immer mehr; durch solche Vorkommnisse kommen die Arbeiter zur Einsicht.

Börzig bei Halle a/S. Vor kurzer Zeit sind hier zwei Fabriken gegründet worden, der Lohn in denselben beträgt wöchentlich 3 Thlr. 2 1/2 Sgr., bekommen die Arbeiter als Geschenk, wenn sie sich verbindlich machen, 1 Jahr lang in der Fabrik zu bleiben. Doch erhalten sie das Geld erst am Ende des Jahres. Die beiden Fabrikanten sind nämlich Schlaumeier. Sie denken, durch das sogen. „Geschenk“ fesseln wir die Arbeiter an die Fabrik, aber das Geld behalten wir doch; denn bei dem geringsten Berserchen seitens

der Arbeiter, erhalten dieselben die 2/3 Sgr. pro Tag nicht ausgezahlt. Auch haben hier die „Fabrikherren“ eine Verbindung geschlossen, wonach sie Arbeiter aus der Fabrik ihres Concurrenten niemals in Arbeit nehmen. Und gegenüber solchen Zuständen sind die Arbeiter hierorts vollkommen stumpf. Eine Vereinigung ließ sich bis jetzt nicht herstellen. Wagt man es nur im Gasthaus etwas diese Zustände zu tabeln, so wird man als Rebell angesehen.

Arnstadt. Einen Akt roher Brutalität hat sich hier beim letzten Brandunglück ein Wächter der öffentlichen Sicherheit zu schulden kommen lassen, welcher im Interesse des Publikums öffentlich gerügt werden muß. Nachdem der Feuerlärm erschollen, begab sich ein junger Mann zur Unglücksstätte, um hilfreiche Hand zu bieten, brach aber unter der Bürde der geretteten Sachen in Folge epileptischer Krämpfe zusammen. Besagter Sicherheitswächter schleppte nun diesen bestunntungslos kranken Menschen im Verein mit mehreren dazu aufgebotenen Kräften wie einen besoffenen Lumpen ins hiesige Wachtlokal, unter Schloß und Riegel, um ihn erst nach ein und einer halben Stunde, trotz allen Verheuerungen seines Uebels, wieder frei zu geben. Wie human man mit ihm beim Transporte dorthin verfahren und welche Redensarten gefallen, will ich übergehen. Die Mutter, welche einige Zeit nachher von dem Unfälle ihres Sohnes in Kenntniß gesetzt war, begab sich an Ort und Stelle, um ihren kranken Sohn zu reklamiren, bewegte aber leider weiter nichts, als daß sie gewaltsam zur Thür hinausgeschoben wurde mit den pathetischen Worten: Er ist und bleibt mein Arrestant, morgen werde ich dem Staatsanwalt Anzeige davon machen.

Ich frage nun, welches Recht hatte man, den jungen Mann zu arretiren und aus welchem Grunde hat man denselben auch noch dann festgehalten, als man von den Umständen des jungen Menschen Kenntniß erhielt. Welcher Grad von Fähigkeit aber dazu gehört, um einen im Starrkrampf besinnungslos daliegenden Menschen von einem besoffenen zu unterscheiden, das überlasse ich dem geehrten Publikum. Der aber, welcher sich diese gemeine Brutalität zu schulden kommen ließ, ist der Gendarm Sayer. Dies zur öffentlichen Kenntniß.

August Sander.
Stassfurt. Nach Beendigung der Wahlcampagne verlohnt es sich vielleicht der Mühe, einen kurzen Blick auf die Arbeiterverhältnisse unserer so industriereichen Gegend zu werfen. Daß es an verschiedenen Wahlunregelmäßigkeiten besonders auf dem flachen Lande, sowie an indirekten, wie direkten Beeinflussungen bei der Wahl auch in unserm Bezirk von Seiten gewisser Grundbesitzer, Zuckerfabriken- und Oefenbarone nicht gefehlt, ist ja schon selbstverständlich. Nach der Wahl sagte ein Inspektor der hiesigen großen Zuckersfabrik den Arbeitern, sie mögen sich nun von Wegener Arbeit geben lassen. Dies ist der Inspektor des viel tausend Morgen Grund und Bodens, meilenweite Strecken von Pferdebahnen, Schächte u. s. w. hier und in der ganzen Umgegend besitzenden Oekonomieraths Bennede, genannt im Volksmunde der „Oefenkönig“, bei dem die Arbeiter in der Zuckersfabrik pro 12stündige Arbeitszeit 10—15 Sgr. den Tag verdienen. Herrliche Zustände. In den chemischen Fabriken hieselbst zeigt sich die Ueberschneidung resp. die Arbeitsentlassungen, so auch in den Salzbergwerken, die nun das Kali nicht mit genügendem Gewinn absetzen können, in ersiehender Weise. Demungeachtet werden neue Abzweigungen und Bohrversuche in der Kalisalz-Produktion mit Eifer fortgesetzt. So ist ein neues Salzbergwerk bei Eyzeln in Betrieb gesetzt, eins bei Löhreburg. Die Arbeiter werden meist von weniger industriellen Orten herangezogen, sind in Kasematten, theils auch in kleinen Familienhäusern untergebracht. Nachdem unsere Partei in Eisdendorf Boden gewonnen, wurden sofort der Vertrauensmann, Bergmann Louis Drenth, und der Revisor, Kuescher Abendroth, gemasregelt. Ersterer hat trotzdem schnell wieder gleiche Arbeit gefunden. Letzterer hingegen hat, nachdem er längere Zeit gefiezt, nur halb so lohnende, aber um so schwerere Arbeit bekommen, ist bejährt und Vater von sechs Kindern. Wer für Vinderung der Noth unsres waderen Abendroth etwas thun kann, der säume nicht. Am Stollstein geht hier immer noch die Engländerfabrik, dort sind meistens Parteigenossen von uns beschäftigt. Die Lohnverhältnisse sind im allgemeinen leiblich zu nennen, die Arbeit hingegen ist, wie in allen chemischen Fabriken, schwer und ungesund. Aber das Gute hat die Fabrikleitung, d. h. der Herr Direktor, er läßt wenigstens seinen Arbeitern die freie persönliche Ueberzeugung; gemasregelt ist dort noch Keiner.

Berlin, 1. Februar. Von Herrn Gustav Rasch geht uns folgendes Schreiben zu:

Herr Redakteur!
„Die Karlsruher Zeitung — die badische offizielle Regierungszeitung — scheint sich grundsätzlich damit zu beschäftigen, mich verächtliche Artikel zu fabriziren und dieselben in die deutsche Presse einzuschmuggeln. Die früheren Artikel über meine Reise im Elsaß, daß ich unter der Maske eines preussischen Schulinspektors die elssässischen Schulen besucht habe, stammten von dem Korrespondenten der Karlsruher Zeitung in Hagenau. Am 11. Jan. brachte die Karlsruher Zeitung einen Artikel aus dem Elsaß, worin der Professor Goguel in Straßburg, Mitglied des Direktoriums des dortigen protestantischen Gymnasiums, in denunziatorischer Weise beschuldigt wurde, mir die Belege zu meinen Schilderungen des preussischen Schulwesens im Elsaß gegeben zu haben und forderte die Behörden auf, gegen den Professor Goguel eine Kriminaluntersuchung einzuleiten, „der mein ausschließlicher Umgang in Straßburg gewesen sei.“ Meiner Erklärung, daß ich von dem Professor Goguel gar keine Belege erhalten, ihn auch nur ein einziges Mal bei einem halbstündigen Besuche in seiner Wohnung gesehen habe, verweigerte sie die Aufnahme. Kürzlich bringt die Karlsruher Zeitung einen Artikel, worin sie unter den heftigsten Ausfällen und Schimpfreden gegen mich erzählt, daß mein noch gar nicht erschienenen Buch über Elsaß und Lothringen auf jeder Seite Haß und Erbitterung gegen Preußen athme, wenn es auch kein Wort gegen Deutschland bringe. Auch dies ist wiederum eine strafe Entfindung der Karlsruher Zeitung. Mein Buch enthält gar kein Wort des Hasses gegen Preußen, sondern schildert nur die preussische Verwaltung im Elsaß und die in Folge dieser Verwaltung eingetreten, höchst unerquicklichen Zustände. Im Gegenheil habe ich bei jeder einzelnen Städtebilderung nie unterlassen, die anerkennenden und lobenden Urtheile der elssässischen Bevölkerung über das Benehmen der preussischen Justizbeamten und der preussischen Offiziere und Soldaten zu erwähnen. Da die Karlsruher Zeitung mir die Aufnahme jeder Erwiderung verweigert und in seiner Weise jeden Appell meinerseits an Ehre und Anstandsgefühl mit Stillschweigen beantwortet, so bleibt mir nichts weiter übrig, um mich gegen diese hinterlistigen und erbärmlichen Angriffe der badischen Regierungszeitung zu schützen, als andere deutsche Zeitungen um Aufnahme dieses Schreibens zu bitten.

Berlin, 11. Januar. Ein recht sonderbares Fahrweck passirte am Donnerstag, den 8. Januar die Behrendstraße. Es war eine neue elegante Equipage, angefertigt beim Hof-

sattler Hennig, Behrendstraße 1. Dieselbe gehörte Sr. königl. Hoheit dem Kronprinzen. Hierbei wäre nun wohl nichts Eigenthümliches, aber das Sonderbare kommt jetzt. Dieser elegante Wagen wurde von zwei — sage zwei Sattlergesellen gezogen, und drin saß — der Hofattler Hennig — als die betreffenden Sattlergesellen in eine Straße einbogen, welche sie nach der Meinung des Hofattlers Hennig nicht fahren sollten, bezugte sich derselbe aus dem Wagen heraus und rief: „Ihr Bauern, könnt Ihr nicht die andere Straße entlang fahren?“ Dieses ist Unterzeichneten von einem Augenzeugen mitgetheilt worden. Welche Gefühle mich augenblicklich beim Hören dieses durchwogten, kann ich nicht beschreiben (doch muß ich noch bemerken, daß das Pferd des oben-erwähnten Hofattlers Hennig im Stall stand); also soweit ist es gekommen, daß man Sattler-Gesellen als Vieh behandelt, nachdem ein solcher, wie es hier häufig ist, als Lehrling 4—5 Jahre Lehrzeit zum Wagentransport benützt wird. — Doch kann ich glücklicher Weise konstatiren, daß diese beiden härtigen Sattlergesellen keine Mitglieder unsres Vereins sind, aber merken werden wir uns es doch, und dient dieses vielleicht zur Notiz für gewisse Meister-söhne, welche so gern und oft bei den Herren Hofattlern in Arbeit treten und den andern Kollegen dann Concurrenz machen. — Zum Schluß füge ich noch hinzu: der Herr Hennig ist thätiges Mitglied des hiesigen Meistervereins. —

W. Wirths, Sattlergeselle, Berlin, Alexandrinenstr. 116.
Straßburg. (Zur Wahlagitazion.) Nachdem die über 200 Mitglieder zählende sozialdemokratische Partei vor Kurzem eine öffentliche Arbeiterversammlung einberufen hatte, worüber schon berichtet, fühlte sich der Gewerkeverein Hirsch-Dunder gezogen, auf heute durch riesige Plakate, welche die ganze Woche schon an den Ecken glänzten, eine große Versammlung einzuberufen. In dem Aufruf heißt es unter anderen: Reichstagswahlen, Versammlung des Vereins hiesiger Bauhandwerker. Eine kleine Gruppe hiesiger Arbeiter, die sich Sozialdemokraten nennen, hatte vor einigen Tagen eine ähnliche Versammlung, fand aber in ganz Elsaß keinen Kandidaten, mußte sich vielmehr nach Deutschland wenden. Der Verein hiesiger Bauhandwerker fand einen hier in Straßburg. Ein recht geehrter Mann, ein Mann von Charakter, ein Mann von Wissenschaft und großem Talent, ein Mann dessen Name in halb Europa bekannt! Wir bitten im Namen des Vereins alle hiesigen Bürger die Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Die Redner erschienen aus allen Gauen Deutschlands. Am Schluß des Plakats heißt es: Jetzt möchten die Arbeiter nur eine halbe Stunde zu ihrem Interesse anwenden, später könnten sie 3 Jahre schlafen (also jetzt nur brauchen wir euch, später könnt ihr schlafen). Die Versammlung war von über 1000 Personen besucht. Als der Eröffner sah, daß wir zahlreich erschienen, machte er die Versammlung darauf aufmerksam, daß wir gekommen um zu fördern. Allgemein wurde unser Parteigenosse Jung als Vorsitzender vorgeschlagen. Der Eröffner ließ abstimmen und abstimmen, aber zum Schluß wurde doch immer Jung mit großer Majorität gewählt. Andreas aus Berlin erhielt zunächst das Wort. Nachdem er nach langen zwecklosen Hin- und Herreden die Kandidatur Lauth's nicht für zweckmäßig hielt, auf Bebel weiter nicht einging, nur betonte, der Abgeordnete müsse ein Elsässer sein (wie schlaun!) an unserm Programm nichts aussetzen konnte, empfahl er die Kandidatur von Schneegans. Die Hauptangriffspunkte waren die Sozialdemokraten unter dem Hasenklöver'schen Schilde lächerlich zu machen. — Burdhardt und Holzwarth leuchteten ihm thätig heim, deckten den Schwindel der Gewerkevereine und Fortschrittspartei thätig auf und endeten unter ungeheurem Applaus. Andreas wies nun jeden Compromiß mit der Fortschrittspartei zurück und meinte, es gefalle ihm nicht, daß wir nur für Handarbeiter, nicht aber für „Studirte“ oder Beamte stimmen wollen, diese müßten sich oft mehr plagen wie Handarbeiter, auch wies er auf Breslau, wie dort Einigkeit bei den Wahlen gewesen wäre (und doch hier uns verpönten). Seine uns aufgedrungenen jesuitischen Redensarten von Kopf- und Handarbeitern belam er thätig zurück. Die paar Mitglieder der Gewerkevereine waren über den Gang der Versammlung vermaßen erdost, daß sie fortwährend zu stören suchten, aber unter allgemeiner Entrüstung der Versammelten zur Ruhe gezwungen wurden. Die Entrüstung über diese Helden war so stark, daß Andreas erklären mußte: Er gehöre nicht zu den Tumultuanten und könne das Gebahren seiner Freunde nicht billigen. Nachdem noch einige Parteigenossen auch französisch gesprochen, wurde mit überwältigender Majorität die Resolution, den nach Freiheit und Gleichheit strebenden Bebel als Candidaten für Straßburg aufrecht zu erhalten, angenommen. Ein außerordentlicher Sieg für uns, denn es waren größtentheils Elsässer anwesend, und wurden zu beiden Seiten des Gebäudes Aufrufe für Lauth (den abgesetzten Maire) vertheilt. Auch wir hatten Agitationsnummern des „Volkstaats“, leider nur ungenügend und Wahlaufrufe für Bebel zur Austheilung gebracht. Die von Patrioten so oft besungene Wacht am Rhein werden wir trenlich halten, mögen sich die Städte Elsaß-Lothringens uns in Masse anschließen. Dringen wir auch diesmal nicht durch, über 3 Jahre hoffen wir bestimmt auf Sieg. Als unsere Agitation begann, waren die Wahllisten bereits geschlossen. Auch in Mühlhausen ist heute Wahlversammlung der Sozialdemokraten. Nächsten Sonntag, am Wahltag, findet Morgens 10 Uhr noch eine öffentliche Versammlung statt.

Auf! Weg, Colmar u. s. w., schließt Euch der sozialdemokratischen Arbeiterpartei an, werdet mit zu Bollwerken gegen die jetzigen Nachhaber und verzeht vor allen nicht den „Volkstaats“ zu verbreiten, das Organ der Sozialdemokratie, unser Organ.

E. Dallmann.
Straßburg, 2. Februar. Das Wahleresultat ist zwar nicht glänzend; jedoch wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten wir zu kämpfen und wels kurze Zeit wir nur hatten, so glaube ich, wird es doch erfreulich sein, daß Bebel 168 Stimmen bekommen hat.

Bei der Wahl hat es sich herausgestellt, daß ein großer Theil der Arbeiter, ich möchte sagen der größte, welcher bisher noch niemals gewählt, sich darauf verließ, von der Maire eine Wahlliste zu bekommen.

Da dies nicht geschehen ist, so wurde geglaubt, trotzdem man alles aufgeboten hat, daß jeder nachsehe, ob er in der Liste eingetragen ist, sie (die Arbeiter) dürfen nicht wählen und das ist uns zu einem großen Nachtheil geworden.

Nachträglich wird uns mitgetheilt, daß die preussische Verwaltung der Reichslande eine „rettende That“ vollbracht habe. Es wurden nämlich bei unserm Vertrauensmann Lindorfer die Bücher und das Geld polizeilich confiscirt.

Briefkasten
der Redaction. Gens: Erhalten. L. in Königsberg: Nicht für den „Volkstaats“ geeignet. F. E. in London: Das Verlangt mit Brief

langt diese Woche bei Ihnen an. Das Andre ist besorgt. A. B. in Braunschweig: Gefällig der Gefährdung folgt Brief.
der Expedition. D. H. K. Srg. Hohenheim Ab. 1. Da. 100 Thlr. St. Stuttgart Ab. 1. Da. 16 Gr. Wpf. Hannover Ab. 4. Da. Thlr. 11 12 5. G. Num. Stuttgart Ab. 4. Da. 12 Thlr. Müllardgen hier Ann. 18 Gr. Soj. demtr. Verein hier Ann. 23 Gr. Gewerkschaften hier Ann. 7 Gr. Dlw. Pforzheim Ann. 5 Gr. Drlg. Pongitz Schr. Gr. 29 5. Brg. Friedberg Schr. Gr. 14 5. Dfm. Radeberg Schr. Gr. 5 5. D. Hartmannsdorf Schr. 5 Gr. J. Endes Nürnberg Schr. Thlr. 5 24. Bgl. Eidenberg Schr. Thlr. 2 19 6. Wpf. Effen Schr. Thlr. 1 7 5. Pflm. Wandsbek Ab. 10 Thlr., Schr. Thlr. 10 19. Cons. Dresden Ann. Thlr. 1 6. Arb.-Bild.-Verein daselbst Ann. 20 Gr. Schgm. hier Schr. Thlr. 1 3 6. Allg. deutscher Schneiders. hier Ann. 17 Gr. Bkmr. Unterfönding Schr. Thlr. 2 10. W. S. Würzburg Ab. 1. Da. Thlr. 1 5. Schr. Thlr. 2 19. Drlg. hier Ab. 1. Da. 2 Thlr. E. Pim. Werrant Schr. Thlr. 6 2. H. Bnr. Dresden: Es ist alles in Ordnung. Jäger München: Aus Besehen wurde die Ann. in der Re-Ranten-Liste nicht gestrichen.

Reichstagswahlfond.
Nachträglich quittirt. Von den Arbeitern der Ritter'schen Cigarettenfabrik. Thlr. 1 27, v. soj.-dem.-Arbeitern. Leipzig durch Carlh. 20 Thlr., von Schff. hier 1 Thlr., Metallarb. hier 1 Thlr., v. Reuter gesammelt im hies. Druckerei 4 Thlr., F. K. in B. 15 Gr., v. Besinnungsgeoffnen, gef. v. K. Willeke 2 Thlr., v. Rndert hier 5 Gr., z. Sbl. hier 15 Gr., Ueberfch. der letzten Bes. in Reusch'schen 25 Gr. Auf Wunsch einiger Genossen nochmals quittirt: Ueberfch. des Gewerkschaftsfestes in der Tonhalle Thlr. 33 3 5, gef. in der G. Reusch'schen Buchdruckerei d. R. 4 Thlr., v. B. Swiatosky Würzburg Thlr. 1 27, v. den Arbeitern der Maschinenfabrik v. D. Rommiger d. E. Hütner Thlr. 1 7 6.

Fond für pol. Gemasregelte.
Von Wolf Colmar-Berg 17 Gr., Metallarbeitern. Leipzig 12 Gr., v. Thlr. 5 Gr.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilscheine bez. Antheilschaftungen erhalten ferner: In Mainz: 3. M. 1 Thlr., F. W. 3 2 Thlr.; in Meeran: E. P. 3 Thlr.

Berichtigung. Nach Bekanntmachung des offiziellen Resultats hat sich herausgestellt, daß Liebknecht in Mühlhausen nicht 227, sondern 335 Stimmen erhalten hat.

Berichtigung. In dem Artikel „Die Reichstagswahlen III“ sind die in Preußen abgegebenen Stimmen summiert wie sie noch vor Bekanntwerden des Gesamtergebnisses bekannt waren, die Zahl erhöht sich um 3—4000 bei Befragung des Hamburger-Wahlergebnisses. Der Name des Candidaten muß Hartmann heißen, nicht Bräuer.

An die Arbeiter von Leipzig und Umgegend!

Arbeiter! Es gilt, einem bewährten Volkskämpfer die Wahl in den Reichstag zu sichern, es gilt, dafür zu sorgen, daß Herr Wilhelm Brade in Braunschweig das Mandat des 13. Wahlkreises für den Reichstag übertragen wird.

Wer an dieser Wahl ein Interesse hat, der erscheine Freitag Abend 8 Uhr im Saale bei Jabin, Turnersstraße 4, in Leipzig. Auch die nicht Wahlberechtigten sind freundlichst eingeladen. Dort sollen die Kräfte vertheilt, die Plätze bestimmt werden, damit die Agitation möglichst kräftig betrieben werden kann.

Arbeiter! Wir haben gethan, was in unsern Kräften stand, thut nun auch Ihr eure Schuldigkeit! Jeder ist willkommen.

Das Comité für die Wahl Brade's.

Mugsburg Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Samstag, den 14. Februar, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in der Schützenhalle. J. A.: O. Stollberg.

Berlin Sozialdemokratische Arbeiterpartei.
Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung, Königshütisches Casino, gr. Frankfurterstr. 77. — L.-D.: Die Kräfte im 6. Berliner Wahlkreis. Eine allgemeine Vertheilung der Mitglieder wird erwartet. Unser Reichstagsabgeordneter sind anwesend. — Karte legitimirt. A. Heinsch, Vertrauensm.

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 14. Februar, Abends 8 Uhr, Versammlung, Köpcke'str. 145a, bei Herrn Derosche. — Vorsitz von Herr Baumann. Das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. D. S.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung bei Jabin, Turnersstraße Nr. 4. — L.-D.: Die Reichstags-Neuwahlen im 13. Wahlkreis. Vereinsangelegenheiten. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Mitgliederkarten sind vorzubringen. Der Vorstand. Hlog

Ich ersuche den Parteigenossen Fried. Eidenberg mit seine Adresse umgehend mittheilen zu wollen. Dergleichen bitte ich Parteigenossen Schröder in Constanz um seine Adresse.
Ferdinand Holzwarth, Springestraße 157 in Pforzheim.

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Donnerstag, den 12. Febr., Abends halb 9 Uhr: Aufschußigung bei Feibler.
Sonnabend, Gewerkschaftsversammlung.

Arbeits-Hosen.
Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.
Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.
Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.
Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27/2 Sgr. empfiehlt
Louis Guttman
No. 24 Grimmaische Strasse No. 24

Filialexpeditionen,
welche noch Grpl. vom „Volkstaatskalender“ 1874, wie vom „Deutscher Bauernkrieg“, „Leipziger Gewerkschaftspropaganda“, „Baltische Schulze“ u. s. sonstige Schriften ohne augenblickliche Veranlassung a condition auf Bestellungen haben, wollen solche sofort an uns retourniren oder den Betrag hier einsenden.
Leipzig, 2. Febr. 1874. Die Expedition des „Volkstaats“.

Leipzig: Verantw. Redacteur: R. Preißner. (Redaction u. Expedition bei der Poststr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.